

APMDD
ASIAN PEOPLES' MOVEMENT
ON DEBT AND DEVELOPMENT

**KONZEPT
WERK** neue
ökonomie

ZAHLT FÜR DIE KLIMAKRISE!



BAUSTEINE FÜR
KLIMA
REPARATIONEN

BAUSTEINE FÜR KLIMAREPARATIONEN



Alle Factsheets zum kostenlosen Download unter www.knoe.org/bfkr

IMPRESSUM

Herausgegeben von

Konzeptwerk Neue Ökonomie
Klingenstr. 22, 04229 Leipzig
www.knoe.org

Februar 2026

Autor & Fotos

Asian People's Movement on Debt
and Development

Lektorat & Korrektorat

Emily Pickerell

Zusammenarbeit & Unterstützung

Divij Kapur

Gestaltung

Luzz Kohlen

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivatives 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Weitere Informationen: creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

4	Klimareparationen auf einen Blick
8	Was ist Klimafinanzierung?
12	Klimafinanzierung als Teil von Klimareparationen
14	Warum brauchen wir Klimafinanzierung?
18	Wo stehen wir derzeit bei der Klimafinanzierung?
22	Was ist erforderlich, um Klimafinanzierung wirklich reparativ zu gestalten?
24	Wie sollte die Klimafinanzierung bereit gestellt werden?
26	Wie gelangen wir dorthin?
28	Was sollten wir tun?
30	Fazit
31	Endnoten


KLIMAREPARATIONEN AUF EINEN BLICK

WARUM BRAUCHEN WIR KLIMAREPARATIONEN?

Die Klimakatastrophe ist zutiefst ungerecht. Weder betrifft sie alle gleichermaßen, noch haben alle gleich viel zu ihr beigetragen.

4 Auf der einen Seite stehen diejenigen, die historisch und strukturell für sie verantwortlich sind: Länder, Unternehmen und Einzelpersonen, die von treibhausgasintensiver Produktion, Konsum und Wirtschaftswachstum profitiert haben und weiterhin profitieren. Deutschland beispielsweise ist für rund 3 % der weltweiten historischen Emissionen¹ verantwortlich, obwohl es etwa 1 % der Weltbevölkerung ausmacht. Es hat durch jahrhundertelange Industrialisierung und koloniale Ausbeutung immensen Reichtum und technologische Kapazitäten aufgebaut und verfügt über die finanziellen Mittel, um sich an die Folgen der Klimakatastrophe anzupassen.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die Hauptlast der Krise tragen: Gemeinschaften, Länder und Ökosysteme im Globalen Süden. Kamerun beispielsweise hat nur etwa 0,2 % der globalen historischen Emissionen² verursacht, ist jedoch mit verheerenden Auswirkungen konfrontiert: Überschwemmungen, Dürren, der Verlust von Lebensgrundlagen und Biodiversität. Gleichzeitig fehlen die Ressourcen, um sich daran anzupassen oder davon erholen zu können.



Wenn wir über Klimareparationen sprechen, ist es wichtig zu erkennen, dass die Ungerechtigkeit nicht auf ungleiche Emissionen beschränkt ist. Der Wohlstand, die Stabilität und der hohe Lebensstandard Deutschlands sind untrennbar mit der historischen und anhaltenden Ausbeutung von Ländern wie Kamerun* verbunden – durch Kolonialismus, Rohstoffabbau, unfaire Handelsbeziehungen und neokoloniale Wirtschaftsstrukturen. Die aus den Kolonialgebieten gewonnenen Rohstoffe, Arbeitskräfte und Ressourcen haben direkt zur Industrialisierung und zum Wohlstand Europas beigetragen, während die ehemals kolonialisierten Nationen strukturell benachteiligt, verschuldet und abhängig blieben.

Die Anfälligkeit Kameruns für die Klimakatastrophe ist daher nicht nur das Ergebnis natürlicher Gegebenheiten. Sie ist das Ergebnis historisch gewachsener Ungleichheiten – das Ergebnis jahrhundertelanger Enteignung, Ressourcenausbeutung und bewusster Unterentwicklung. Dieselben Systeme, die die Katastrophe verursacht haben, bestimmen auch weiterhin, wer darunter leidet und wer davon profitiert.

5

Die Grenze zwischen denjenigen, die unter der Klimakatastrophe leiden, verläuft nicht nur zwischen reichen und armen Ländern. Sie verläuft auch innerhalb von Gesellschaften, entlang von Klassenunterschieden, Geschlechterhierarchien, rassistischen Strukturen und anderen sich überschneidenden Formen der Unterdrückung. Marginalisierte Gruppen – darunter Frauen, indigene Völker, Schwarze und andere rassistisch diskriminierte Gemeinschaften, Menschen mit Behinderungen und Haushalte mit niedrigem Einkommen – sind oft sowohl am wenigsten für Emissionen verantwortlich als auch am stärksten den Klimaschäden ausgesetzt.

* In diesem Fall besteht sogar eine direkte Verbindung, da Kamerun früher eine deutsche Kolonie war. Weitere Informationen über die Beziehungen zwischen den beiden Ländern unter dem Gesichtspunkt der Klimagerechtigkeit finden sich unter:
www.knoe.org/was-deutschland-kamerun-schuldet

BAUSTEINE FÜR KLIMAREPERATIONEN

Klimareparationen sind daher weder Wohltätigkeit noch Hilfe, sondern

- notwendig, um weitere Ungerechtigkeit zu verhindern und die Übernahme von Verantwortlichkeit und Wiedergutmachung sicherzustellen – durch die Umverteilung von Ressourcen, Macht und Entscheidungsgewalt an die am stärksten Betroffenen,
- ein Instrument, um die Ursachen der Krise anzugehen – historische Verantwortung, strukturelle Ungleichheit und systemische Ausbeutung
- das Kernstück von Klima- und globaler Gerechtigkeit und Voraussetzung für einen Heilungsprozess der Beziehungsweisen zwischen dem Globalen Süden und Norden.

Laut Maxine Burkett³ müssen Klimareparationen mindestens drei Kernelemente umfassen: eine Entschuldigung, eine Entschädigung und eine Garantie der Nichtwiederholung.

Durch eine Entschuldigung wird der verursachte Schaden anerkannt und Verantwortung dafür übernommen. Eine Entschädigung – sei es in Form von Geld oder anderen materiellen Wiedergutmachungsleistungen – verleiht dieser Anerkennung Gewicht. Die Garantie der Nichtwiederholung, vielleicht das transformativste Element, verpflichtet die Täter*innen zu strukturellen Veränderungen, die eine Fortsetzung oder Wiederholung der Ungerechtigkeit verhindern.

Um diese Elemente zu konkretisieren, haben wir sechs Bausteine für Klimareparationen identifiziert, die verdeutlichen, wie diese in der Praxis in Deutschland und darüber hinaus aussehen könnten (siehe Abbildung).

6



ÜBER DAS PROJEKT

Mit Blick auf die deutsche Klima-Zivilgesellschaft sind wir der Meinung, dass Klimareparationen das fehlende Bindeglied für ein umfassendes Verständnis von Klimagerechtigkeit sind. Trotz des wachsenden Bewusstseins für den Zusammenhang zwischen Klimakatastrophe, Kolonialismus und Rassismus ist das Konzept der Klimareparationen nach wie vor wenig erforscht und wird oft missverstanden. Ein wichtiger Grund dafür ist der Mangel an zugänglichen Materialien zu diesem Thema – insbesondere im deutschsprachigen Raum.

Mit unserem Projekt „Bausteine für Klimareparationen“ wollen wir diese Lücke schließen – indem wir leicht zugängliches, fundiertes Wissen bereitstellen, das Klimareparationen mit Gerechtigkeit, Verantwortung und systemischem Wandel verknüpft.

ÜBER DIESES FACTSHEET

Dieses Factsheet stellt Klimafinanzierung als rechtliche und moralische Verpflichtung des Globalen Nordens dar, die als Klimareparationen und nicht als Hilfsleistungen betrachtet werden sollte. Die Autoren fordern eine massive öffentliche, zuschussbasierte und nicht schuldenerzeugende Finanzierung, um Klimaschutz, Anpassung, Ausgleich von Verlusten und Schäden sowie einen gerechten Übergang im Globalen Süden zu unterstützen. Sie argumentieren, dass Klimafinanzierung auf historischer Verantwortung, Klimaschulden und Gerechtigkeit beruhen und durch demokratische, feministische und gemeinschaftsorientierte Prinzipien geregelt werden sollte. Das Factsheet wurde von der **Asian People's Movement on Debt and Development (APMDD)** verfasst, einem regionalen Netzwerk von Graswurzelbewegungen, die sich für wirtschaftliche Gerechtigkeit, gerechte Entwicklung und die Rechte marginalisierter Communities einsetzen. Die APMDD betont, dass die Bewältigung der Klimakrise einen systemischen Wandel und die Anerkennung der unverhältnismäßigen Belastung des Globalen Südens erfordert.

WAS IST KLIMA-FINANZIERUNG?

Bei Klimafinanzierung geht es um **finanzielle Mittel zur Bewältigung von Ursachen und Folgen des Klimawandels**.

Dazu zählen Maßnahmen

- zur Minderung von Treibhausgasemissionen (Mitigation),
- zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels (Adaptation),
- zur Bewältigung von Verlusten und Schäden (Loss and Damage) sowie
- Prozesse und Mechanismen für einen gerechten Übergang (Just Transition).

Im Rahmen des internationalen Klimarechts ist Klimafinanzierung kein freiwilliger Akt des guten Willens oder eine bloß optionale Unterstützungsleistung. Vielmehr handelt es sich um eine rechtliche, politische und moralische Verpflichtung, die auf den Prinzipien der Gerechtigkeit, der historischen Verantwortung und der globalen Fairness beruht.

Nach der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) sind die Vertragsparteien aus „Industrieländern“ ausdrücklich verpflichtet, finanzielle Ressourcen bereitzustellen, um „Entwicklungsländer“ bei der Umsetzung der Ziele der Konvention zu unterstützen. Diese Verpflichtung gründet auf dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten (Common But Differentiated Responsibilities and Respective Capabilities, CBDR-RC). Dieses Prinzip erkennt an, dass Staaten in unterschiedlichem Maße zur Klimakrise beigetragen haben und über sehr unterschiedliche wirtschaftliche und technologische Kapazitäten zu deren Bewältigung verfügen. Länder mit größerer historischer Verantwortung und höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sind daher verpflichtet, eine Führungsrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen zu übernehmen.

Auch das Paris Agreement bekräftigt diese Verpflichtung, insbesondere in Artikel 9. Dort werden „Industrieländer“ aufgefordert, Klimafinanzierung für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen fortzuführen und deutlich auszuweiten, während andere Staaten ermutigt werden, freiwillige Beiträge zu leisten. Entscheidend ist, dass Klimafinanzierung in diesem Rahmen nicht als externe oder optionale Unterstützung verstanden wird, sondern als integraler Bestandteil wirksamer Klimapolitik

9

* Obwohl wir die mit den Begriffen von „entwickelten Staaten“ und „Entwicklungsland“ verbundenen Vorstellungen von Überlegenheit und Unterlegenheit grundsätzlich ablehnen, verwenden wir diese Bezeichnungen in diesem Text als Synonyme für „Länder des Globalen Nordens“ bzw. „Länder des Globalen Südens“. Der Grund dafür ist, dass diese Begriffe in den Verhandlungen der UNFCCC gebräuchlich sind.

Die moralische Grundlage der Klimafinanzierung liegt darin, dass die Länder des Globalen Nordens über mehr als ein Jahrhundert fossiler Industrialisierung hinweg einen überproportionalen Anteil der Treibhausgasemissionen verursacht haben. Dies geschah im Kontext kolonialer Ausbeutung, der langfristigen Kontrolle über globale Ressourcen sowie umfassender ökologischer Zerstörung. Auf diese Weise haben insbesondere Unternehmen und wirtschaftliche Eliten dieser Länder erheblichen Reichtum und technologische Kapazitäten aufgebaut, während ökologische, ökonomische und soziale Kosten in den Globalen Süden externalisiert wurden. Diese Dynamik hat

zu einer wachsenden Klima- und ökologischen Schuld gegenüber den Ländern und Bevölkerungen des Globalen Südens geführt, die am stärksten unter den Folgen der Klimakrise leiden, obwohl sie am wenigsten zu ihr beigetragen haben.

Klimafinanzierung, wie sie im Rahmen der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) vorgesehen ist, ist untrennbar mit Fragen von Verantwortung, Rechenschaftspflicht und Wiedergutmachung verbunden. Im Laufe der Zeit wurde die Bedeutung von Klimafinanzierung außerhalb des UNFCCC-Rahmens jedoch zunehmend verwässert.

10

Mangels verbindlicher Definitionen und wirksamer Durchsetzungsmechanismen wird Klimafinanzierung heute immer häufiger so ausgelegt, dass sie eine breite Palette sogenannter „klimabezogener“ Finanzströme umfasst – unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Bedingungen oder ihren tatsächlichen Auswirkungen.

Kredite, Exportkredite, Mischfinanzierungen (Blended Finance), private Investitionen und marktbasierende Instrumente werden mittlerweile routinemäßig als Klimafinanzierung angerechnet, selbst dann, wenn sie die Verschuldung erhöhen, politische Auflagen mit sich bringen oder Profitinteressen über die Bedürfnisse betroffener Gemeinschaften stellen.



Diese Verwässerung ist politisch keineswegs neutral. Sie spiegelt bestehende Machtasymmetrien im globalen Klimaregime wider und ermöglicht es Staaten des Globalen Nordens, ihren finanziellen Verpflichtungen faktisch auszuweichen, während sie zugleich den Anschein erwecken, ihren Zusagen nachzukommen. Durch die Verlagerung des Schwerpunkts von öffentlichen, zuschussbasierten Transfers hin zu privater Finanzierung und kreditbasierten Instrumenten wird der gerechtigkeitsorientierte Anspruch der Klimafinanzierung untergraben und das Risiko auf diejenigen abgewälzt, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben.

Klimafinanzierung wieder als Verpflichtung zu begreifen, die auf Gerechtigkeit und reparativer Verantwortung beruht, ist daher eine zentrale politische Aufgabe.

Klimagerechtigkeit erfordert, dass der Globale Norden den überwiegenden Teil der Finanzierung für Emissionsminderung, Anpassung, den Umgang mit Verlusten und Schäden sowie für einen gerechten Übergang bereitstellt, als Teil von Klimareparationen und als fairer Anteil zur Bekämpfung der globalen Klimakrise.



KLIMAFINANZIERUNG ALS TEIL VON KLIMA- REPARATIONEN

Klimafinanzierung muss grundlegend neu gedacht werden – nicht als Hilfe, Unterstützung oder Wohltätigkeit, sondern als reparative Klimafinanzierung. Dies erfordert die Anerkennung historischer und fortdauernder Schäden, die Anerkennung einer Klimaschuld sowie das Verständnis von Klimafinanzierung als Teil eines umfassenderen Prozesses von Klimareparationen.

12 Aus der Perspektive der People's Agenda on Climate Finance (APMDD, 2009) ist Klimafinanzierung untrennbar mit dem Konzept der **Klimaschuld** verbunden, das wiederum Teil der umfassenderen ökologischen Schuld ist, die diejenigen tragen, die die globalen Gemeingüter übernutzt und zerstört haben. Klimaschuld ist ein rechtsbasierter Begriff. Er beruht auf der Anerkennung des Rechts aller Völker auf einen gerechten Anteil an den Gemeingütern, auf eine menschenorientierte, gerechte und nachhaltige Entwicklung sowie auf Wiedergutmachung für historische und anhaltende Unrechtshandlungen. Klimaschuld wird von jenen geschuldet, die mehr als ihren fairen Anteil am atmosphärischen Raum in Anspruch genommen, eine übermäßige Anreicherung von Treibhausgasen verursacht und Wälder sowie andere natürliche Kohlenstoffspeicher zerstört haben.

Besonders viel Klimaschuld haben die Länder des Globalen Nordens, Unternehmen und internationale Finanzinstitutionen gegenüber den Ländern und Bevölkerungen des Globalen Südens angehäuft. Die Länder des Nordens sind für rund drei Viertel der kumulierten historischen Emissionen verantwortlich, obwohl sie weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung stellen. Gleichzeitig tragen auch Eliten im Globalen Süden eine Klimaschuld gegenüber marginalisierten Gemeinschaften, deren Lebensgrundlagen durch extraktivistische Entwicklungsmodelle und elitären Konsum untergraben werden.

Reparationen dürfen nicht nur als Entschädigung verstanden werden, sondern als ein Prozess wiederherstellender Gerechtigkeit, der historische und strukturelle Schäden adressiert, Rehabilitation ermöglicht und Nicht-Wiederholung garantiert. Klimafinanzierung muss daher mit verbindlichen Verpflichtungen einhergehen, den Ausbau fossiler Energien und andere zerstörerische Praktiken zu beenden.

13

GRUNDSÄTZE EINER REPARATIVEN KLIMAFINANZIERUNG

Im Rahmen eines Reparationsansatzes muss Klimafinanzierung folgende Kriterien erfüllen: Sie muss verpflichtend, automatisch und planbar sein. Darüber hinaus muss sie öffentlich und nicht schuldenverursachend, ausreichend und zusätzlich, gerecht, transparent und rechenschaftspflichtig ausgestaltet sein. Sie darf keinen Schaden anrichten, muss feministisch und intersektional sein und schließlich dazu beitragen, Machtverhältnisse zu verändern sowie diejenigen ins Zentrum zu stellen, die von der Klimakrise am stärksten betroffen sind.

WARUM BRAUCHEN WIR KLIMAFINANZIERUNG?

Klimafinanzierung ist dringend erforderlich, da im Globalen Süden Billionen von US-Dollar benötigt werden, um den sich rasch verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen. Der Aufbau von Resilienz ist unerlässlich geworden, da klimabedingte Katastrophen in Häufigkeit und Intensität zunehmen, während Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen – insbesondere durch den Globalen Norden – weiterhin langsam, zögerlich und unzureichend bleiben.

14 Programme zur Unterstützung der Anpassung an tiefgreifende Veränderungen im Klimasystem müssen dringend umgesetzt werden; viele dieser Veränderungen haben bereits Punkte der Irreversibilität erreicht. Besonders gravierend sind die Bedarfe in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion, wo Klimaauswirkungen die Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen bedrohen, sowie bei der Gewährleistung sicherer Wohnungen, Siedlungen und Lebensräume für Gemeinschaften, die zunehmend Überschwemmungen, Stürmen, Dürren, Meeresspiegelanstieg und extremer Hitze ausgesetzt sind.

Gleichzeitig werden Länder des Globalen Südens dazu gedrängt, Minderungsmaßnahmen weit über ihren fairen Anteil an Verantwortung hinaus zu ergreifen – nicht nur im Interesse ihrer eigenen Bevölkerungen, sondern im Interesse der gesamten Menschheit. Um den Klimawandel zu stoppen, sind tiefgreifende systemische Transformationen in großem Maßstab erforderlich. Diese erfordern jedoch Ressourcen, die die finanziellen Möglichkeiten der „Entwicklungsländer“ bei Weitem übersteigen.

Wie vom Ständigen Finanzausschuss der UNFCCC (UNFCCC) in seinem Second Report on the Determination of the Needs of Developing Country Parties dokumentiert, belaufen sich die klimabezogenen Bedarfe des Globalen Südens bis 2030 auf mindestens 5–6,8 Billionen US-Dollar jährlich⁴. Diese Schätzungen, die auf Informationen aus national festgelegten Beiträgen (NDCs) und nationalen Anpassungsplänen (NAPs) beruhen, gelten als konservativ, da vielen Ländern die Kapazitäten fehlen, ihren Klimabedarf vollständig zu quantifizieren. Dennoch verdeutlichen sie das enorme Ausmaß an Mitteln, die erforderlich sind, damit Länder des Globalen Südens ihre Klimaziele im Rahmen des Paris Agreement erreichen können.

15

Demgegenüber übersteigen die tatsächlichen klimabedingten Verwüstungen im Globalen Süden diese Schätzungen bei Weitem und machen die dringende Lücke zwischen dem enormen Ressourcenbedarf und den bereits erlittenen Schäden deutlich.



June 23, Paris Summit for a New Global Financing Pact Mobilizations, Nepal.
Foto: APMDD

Die Überschwemmungen in **Pakistan** im Jahr 2022, verschärft durch beispiellose Monsunregenfälle und Gletscherschmelze infolge des Klimawandels, forderten z.B. mehr als 1.700 Todesopfer⁵ und verursachten weitreichende Zerstörungen an Infrastruktur, Wohnraum, Landwirtschaft und Verkehrssystemen. Die wirtschaftlichen Verluste überstiegen 30 Milliarden US-Dollar⁶, während der Bedarf für Wiederaufbau und Wiederherstellung auf rund 15 Milliarden US-Dollar geschätzt wurde.

Auf den **Philippinen** könnten sich die kumulierten Verluste durch Stürme, Überschwemmungen und Dürren bis 2050 auf bis zu 124 Milliarden US-Dollar belaufen⁷, wobei über 90 Prozent dieser Verluste auf extreme wasserbezogene Ereignisse zurückgeführt werden. Diese Beispiele sind keineswegs Einzelfälle.



In ganz Süd- und Südostasien haben katastrophale Überschwemmungen in den vergangenen Jahren Millionen Menschen vertrieben und Schäden in Höhe von mehreren zehn Milliarden US-Dollar verursacht.

Gleichzeitig müssen Länder in der gesamten Region für zukünftige Klimaresilienz, Anpassung und emissionsarme Entwicklungswege planen und investieren, was Finanzmittel in einem Umfang erfordert, der weit über den derzeitigen Zusagen zur Klimafinanzierung liegt.

Klimafinanzierung muss daher klar regeln, wer wem was schuldet und unter welchen Governance-Strukturen – auf Grundlage von Klimaschulden und gerechter Verantwortung.

17

Forschungen von Jason Hickel⁸ beziffern diese Verpflichtung, indem übermäßige historische Emissionen als eine Form der Aneignung der Atmosphäre verstanden werden, für die der Globale Norden Entschädigung leisten muss. Diese Analyse schätzt, dass, sofern der Globale Norden den Globalen Süden kollektiv für die Überschreitung seines fairen Anteils am globalen Kohlenstoffbudget entschädigen würde, die gesamten geschuldeten Klimareparaturen bis 2050 etwa 192 Billionen US-Dollar erreichen könnten⁹, was rund 6,4 Billionen US-Dollar pro Jahr entspricht. Diese Schätzung übersteigt bei weitem die derzeitigen Zusagen zur Klimafinanzierung im Rahmen des UNFCCC, die häufig zu hoch angesetzt sind und größtenteils in Form von Darlehen und nicht in Form von Zuschüssen erfolgen. Sie steht im Einklang mit weitergehenden Forderungen der Zivilgesellschaft¹⁰, wonach der Globale Norden jährlich mindestens 5 Billionen US-Dollar als erste Abschlusszahlung auf seine Klimaschulden leisten soll.

WO STEHEN WIR DERZEIT BEI DER KLIMAFINANZIERUNG?

Trotz der Existenz zahlreicher Finanzierungsmechanismen im Rahmen des UNFCCC bleibt der aktuelle Stand der Klimafinanzierung chronisch unzureichend, unvorhersehbar, schwer zugänglich und ungerecht. Jahrzehnte von Verhandlungen haben eine komplexe Landschaft aus Fonds und Instrumenten hervorgebracht, doch Umfang, Qualität und Governance der Klimafinanzierung bleiben dramatisch hinter dem zurück, was zur Bewältigung der sich beschleunigenden Klimakrise im Globalen Süden erforderlich ist¹¹.

18

Die **COP29 in BAKU, ASERBAIDSGHAN**, sollte eine wegweisende neue Vereinbarung zur Klimafinanzierung liefern, einschließlich eines neuen kollektiv quantifizierten Ziels. Stattdessen legten die Verhandlungen eine tiefgreifende Diskrepanz offen zwischen dem, was „Entwicklungsländer“ benötigen, und dem, was „Industrieländer“ bereit sind zuzusagen. Regierungen des Globalen Südens brachten Vorschläge ein, die sich an ermittelten Bedarfen orientierten, und forderten etwa 1,3 Billionen US-Dollar pro Jahr an Klimafinanzierung. Zugleich verlangten sie einen Kernanteil in Zuschussäquivalenten, um jene Bilanzierungsschlupflöcher und kreditlastigen Ansätze zu vermeiden, die das frühere 100-Milliarden-US-Dollar-Ziel untergraben hatten. Diese Vorschläge wurden von der Zivilgesellschaft breit unterstützt; zahlreiche Bewegungen argumentierten, dass mindestens 5 Billionen US-Dollar jährlich als erste Anzahlung auf die Klimaschuld erforderlich seien¹².

Die Regierungen des Globalen Nordens hingegen blieben öffentlich weitgehend schweigsam und äußerten sich hinter verschlossenen Türen ablehnend. Sie wiesen diese Beträge als unrealistisch zurück. Ihr formelles Gegenangebot wurde erst spät in den Verhandlungen vorgelegt und belief sich auf 200 Milliarden US-Dollar – eine Summe, die das ursprüngliche Ziel nur verdoppelte und zentrale Probleme in Bezug auf Bilanzierungsregeln, schuldenverursachende Finanzierungen und die übermäßige Abhängigkeit von Krediten nicht adressierte. Die Länder des Globalen Südens wiesen dieses Angebot zu Recht als völlig unzureichend zurück. Angesichts eines unnachgiebigen und geschlossenen Auftretens des Globalen Nordens sowie der ablaufenden Verhandlungszeit akzeptierten sie letztlich jedoch ein **kompromisshaftes Ergebnis: ein Klimafinanzierungsziel von 300 Milliarden US-Dollar bis 2035, ohne Zwischenziele und ohne eine substantielle Klarstellung, was als Klimafinanzierung gilt.**

Dieses Ergebnis wiederholte die zentralen Versäumnisse früherer Vereinbarungen zur Klimafinanzierung.

19

Das Ziel wurde politisch ausgehandelt statt bedarfsorientiert festgelegt, ließ Bilanzierungstricks und kreditlastige, vom Privatsektor getriebene Finanzierungsansätze fortbestehen und verschob wirksames Handeln in die Zukunft.

Die einzige Anerkennung des tatsächlichen Finanzierungsbedarfs wurde in eine sogenannte „Baku to Belém Roadmap“ verpackt, die einen Pfad zu 1,3 Billionen US-Dollar bis zur COP30 skizzieren soll, dabei jedoch ausdrücklich private Finanzmittel einbezieht und die verbindlichen Verpflichtungen des Globalen Nordens nicht klar definiert.

Die tiefgreifend mangelhafte Natur des COP29-Ergebnisses wurde während der Abschlussitzung deutlich, als der Beschluss trotz Einwänden mehrerer „Entwicklungsländer“¹³, die Stellungnahmen abgeben wollten, per Hammerschlag angenommen wurde. In der Folge äußerten sich Regierungen des Globalen Südens mit scharfer Kritik, die teilweise einer offenen Ablehnung der Einigung nahekam. COP29 muss daher als Scheitern in dreifacher Hinsicht verstanden werden:

- beim Umfang, da die Finanzierungsniveaus in keinem angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf stehen;
- beim Zeitrahmen, mit einem fernen Zieljahr 2035 und ohne Zwischenmarken; sowie
- bei der Qualität, da es keine klare Zusage für öffentliche, zuschussbasierte Finanzierung gibt.

²⁰ Angesichts der allgemein anerkannten Tatsache, dass das kommende Jahrzehnt ein entscheidendes Zeitfenster für Klimaschutzmaßnahmen darstellt, bedeutet dieses Ergebnis eine gravierende Verantwortungslosigkeit.

Diese Versäumnisse spiegeln ein tiefer liegendes strukturelles Problem wider, wie Klimafinanzierung verstanden und umgesetzt wird. Obwohl sie ein zentraler Bestandteil des fairen Beitrags des Globalen Nordens zum Klimaschutz ist, werden finanzielle Zusagen in der Regel nicht in die national festgelegten Beiträge (NDCs) der „Industrieländer“ aufgenommen. Dieses Auslassen zeigt, dass Klimafinanzierung weiterhin als Entwicklungshilfe, als politisches Verhandlungsinstrument oder als Vehikel für private Investitionen behandelt wird und nicht als inhärente Verpflichtung im Rahmen des UNFCCC und des Pariser Abkommens.

COP30 Adaptation
Finance Action, Brazil,
November 2025.
Foto: APMDD





Die Zusagen bleiben schwach, fragmentiert und kurzfristig. Die meisten Verpflichtungen reichen nur ein oder zwei Jahre in die Zukunft, obwohl wiederholt anerkannt wurde, dass Klimafinanzierung ausreichend und planbar sein muss. Selbst ohne detaillierte Berechnungen zeigt die Erfahrung, dass die Zusagen des Globalen Nordens weit hinter dem zurückbleiben, was Gerechtigkeit und Verantwortung erfordern, und nur einen marginalen Beitrag zu ihrem gesamten fairen Anteil am globalen Klimaschutz leisten.

Das Ausbleiben neuer und ambitionierter Zusagen nach COP29 ist daher nicht überraschend, im Kontext des Klimanotstands jedoch zutiefst alarmierend. Obwohl die Bekämpfung des Klimawandels tiefgreifende Transformationen der gesamten Wirtschaft erfordert, gibt es bislang keinen ernsthaften Versuch, die öffentliche Finanzierung in einem Ausmaß zu erhöhen, das den globalen Minderungsbedarfen entspricht, ganz zu schweigen von den deutlich höheren Anforderungen in den Bereichen Anpassung, Verluste und Schäden sowie gerechter Übergang (Just Transition).

21

Hinzu kommt die mangelhafte Qualität der bisher bereitgestellten Klimafinanzierung. Der Großteil wurde in Form von Krediten¹⁴ gewährt, wodurch sich die Schuldenlast im Globalen Süden verschärft und der reparative Anspruch der Klimafinanzierung untergraben wird. In mehreren großen Geberländern, darunter die Vereinigten Staaten, stützen sich Klimafinanzierungszusagen stark auf Kredite, während zusschussbasierte Mittel minimal bleiben. Gemessen sowohl an den fairen Verpflichtungen dieser Länder als auch an den Ressourcen, die regelmäßig für andere politische Prioritäten bereitgestellt werden, sind solche Beiträge unbedeutend. Künftige Zusagen müssen daher nicht nur die Quantität der Klimafinanzierung festlegen, sondern auch garantieren, dass sie öffentlich, zusschussbasiert und nicht schuldenverursachend ist.

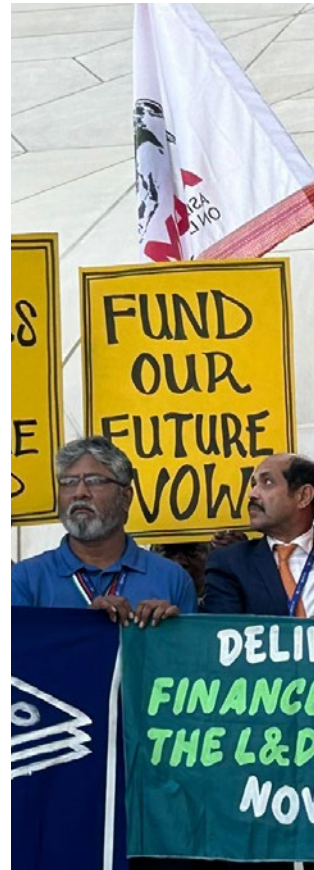
WAS IST ERFORDERLICH, UM KLIMAFINANZIERUNG WIRKLICH REPARATIV ZU GESTALTEN?

Eine gerechte und reparative Klimafinanzierung erfordert mehr als inkrementelle Reformen; sie verlangt eine strukturelle Transformation der Ressourcenmobilisierung, ihrer Bereitstellung sowie ihrer Verteilung und Governance.

Diese Transformation muss sowohl den erforderlichen Umfang der Finanzierung als auch die in bestehenden Finanzsystemen verankerten Machtverhältnisse adressieren.

22

- Erstens muss die Klimafinanzierung **sofort und massiv aufgestockt** werden – durch öffentliche, nicht schuldenverursachende und planbare Finanzierungsquellen. Es werden Billionen, nicht nur Milliarden, US-Dollar benötigt, um Minderung, Anpassung, Verluste und Schäden sowie einen gerechten Übergang angemessen zu finanzieren. Dies setzt ein Ende der Praxis voraus, seitens des Globalen Nordens Kredite zu forcieren und Klimafinanzierung in Form von Darlehen bereitzustellen, die Schuldenlasten vertiefen und politischen Handlungsspielraum einschränken.
- Zudem muss Klimafinanzierung **angemessen, rechtzeitig und zugänglich** sein. Mittel müssen dann und dort bereitgestellt werden, wo sie benötigt werden – mit direktem Zugang für Länder und Gemeinschaften des Globalen Südens und ohne belastende Auflagen oder zwischengeschaltete Institutionen, die die Bereitstellung verzögern oder verzerren.



- Eine reparative Klimafinanzierung setzt darüber hinaus eine Reform der globalen Finanzgovernance voraus, um die Dominanz des Globalen Nordens zurückzudrängen. Finanzierungsmechanismen und -institutionen im Bereich Klima müssen demokratisch gesteuert werden, mit transparenten Verfahren und einer **substantiellen Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen und Gemeinschaften** an der Ausgestaltung, Entscheidungsfindung, Umsetzung und Überwachung von Klimaprojekten und -programmen.
- Schließlich erfordert eine wirklich reparative Klimafinanzierung, den Nettoabfluss von Ressourcen aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden zu beenden. Diese Abflüsse werden angetrieben durch den Schuldendienst für nicht tragfähige und illegitime Schulden, für die Regierungen, Institutionen und Banken des Globalen Nordens die Hauptverantwortung tragen; durch unfaire Handelsbeziehungen und -abkommen; durch Steuervermeidung und -hinterziehung multinationaler Unternehmen, ermöglicht durch eine **ungerechte globale Steuerarchitektur**; durch die fortgesetzte Ausbeutung und Extraktion natürlicher Ressourcen; sowie durch Wirtschaftsstrukturen, die von kolonialen Hinterlassenschaften, exportorientierter Abhängigkeit und neoliberalen Politiken geprägt sind, die über internationale Finanzinstitutionen durchgesetzt wurden. Diese strukturellen Ursachen anzugehen, ist untrennbar mit der Aufgabe verbunden, die Regeln und Institutionen der globalen Wirtschafts- und Finanzgovernance grundlegend zu transformieren.

23



December 2023, COP28 Action on Loss and Damage, Dubai.
Foto: APMDD

WIE SOLLTE DIE KLIMA-FINANZIERUNG BEREITGESTELLT WERDEN?

Klimafinanzierung muss nicht nur ihrem Umfang nach angemessen sein, sondern auch über Mechanismen bereitgestellt werden, die demokratisch, transparent und rechenschaftspflichtig sind.

Wie Klimafinanzierung gesteuert und umgesetzt wird, ist ebenso entscheidend wie die Höhe der mobilisierten Mittel, denn die Bereitstellungsmechanismen bestimmen, wessen Prioritäten berücksichtigt werden und wer die Macht über die Ressourcen hat.

24

Eine demokratische Governance der Klimafinanzierung erfordert, dass Entscheidungsbefugnisse nicht bei Geberregierungen, multilateralen Entwicklungsbanken oder internationalen Finanzinstitutionen konzentriert sind, die vom Globalen Norden dominiert werden. Stattdessen müssen Governance-Strukturen die Empfängerländer, lokale Regierungen, Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen substantiell einbeziehen, mit besonderem Augenmerk auf die Führungsrolle von Frauen, indigenen Völkern, Arbeitnehmer*innen und anderen besonders von der Klimakrise betroffenen Gruppen.

Die Bereitstellung von Klimafinanzierung muss zudem transparent und rechenschaftspflichtig sein. Informationen über Herkunft, Konditionen, Zuweisung und Verwendung der Mittel müssen öffentlich zugänglich, zeitnah und verständlich sein. Rechenschaftspflicht sollte sich in erster Linie gegenüber den betroffenen Menschen und Gemeinschaften richten, und nicht vorrangig gegenüber Geberregierungen oder Finanzintermediären. Strenge soziale und ökologische Schutzstandards sind unerlässlich, um sicherzustellen, dass Klimafinanzierung nicht Enteignung, Diskriminierung oder Umwelterstörung verstärkt.

Ein **dekolonialer und antirassistischer Ansatz** bei der Bereitstellung von Klimafinanzierung ist unabdingbar. Die bestehenden globalen Finanzsysteme sind von kolonialen Machtverhältnissen und gegenwärtigen Hierarchien geprägt, die den Globalen Süden marginalisieren. Klimafinanzierung muss diese Hierarchien daher aktiv abbauen, anstatt sie durch Auflagen, politische Vorgaben oder extraktive Investitionsmodelle zu reproduzieren.

Klimafinanzierung muss außerdem **feministisch und intersektional** ausgerichtet sein. Frauen, indigene Völker, kleinbäuerliche Produzent*innen, informell Beschäftigte und andere marginalisierte Gruppen sind häufig am stärksten von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen und verfügen zugleich über den geringsten Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen. Feministische Klimafinanzierung priorisiert Sorge-Ökonomien, Ernährungssouveränität sowie Land- und Ressourcenrechte und stärkt soziale Sicherungssysteme. Darüber hinaus zielt sie darauf ab, die Machtverhältnisse zu verändern, die Verwundbarkeit überhaupt erst hervorbringen.

Schließlich sollte Klimafinanzierung, wo immer möglich, lokal verankert und **gemeinschaftsgeführt** sein. Direkte Zugangsmechanismen müssen gestärkt werden, damit nationale und subnationale Akteure, Gemeinschaftsorganisationen und soziale Bewegungen Mittel ohne Abhängigkeit von großen internationalen Intermediären erhalten können. Lokales Wissen, lokale Prioritäten und Lösungen müssen die Gestaltung und Umsetzung von Klimamaßnahmen leiten, sodass die Finanzierung Resilienz, Würde und selbstbestimmte Entwicklung unterstützt.



Pay Up Action,
Philippines,
September 2024.
Foto: APMDD

WIE GELANGEN WIR DORTHIN?

Um eine Klimafinanzierung zu erreichen, die angemessen, gerecht und transformativ ist, müssen Deutschland und andere Länder des Globalen Nordens konkrete, rechtsbasierte Maßnahmen ergreifen. Dies beginnt mit einer klaren narrativen Verschiebung – von „Klimahilfe“ hin zu „Klimareparationen und Gerechtigkeit“ – und basiert auf der vollständigen Anerkennung der historischen und fortdauernden Verantwortung für die Klimakrise.

26 Für Deutschland bedeutet dies, fossile Subventionen zu beenden und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel nicht länger Aktivitäten unterstützen, die weitere Treibhausgasemissionen verursachen. Außerdem erfordert es ein aktives Engagement in der Zivilgesellschaft und auf internationaler Ebene, um Deutschlands fairen Anteil an globalen Klimafinanzierungsverpflichtungen einzufordern, im Einklang mit seiner Verantwortung und Kapazität.

Deutsche Entwicklungsbanken und öffentliche Finanzinstitutionen müssen gerechtigkeitsbasierte Förderprinzipien übernehmen. Diese sollten öffentliche, zuschussbasierte und schuldenfreie Mittel priorisieren, die direkt auf die Bedürfnisse und Prioritäten verletzlicher Gemeinschaften eingehen, statt profitorientierte oder exportorientierte Interessen zu bedienen.



September 23, Asia-wide US Embassy Actions on the US' full delivery of Climate Finance Obligations, Philippines.
Foto: APMD

Über Deutschland hinaus müssen transformative Finanzierungsquellen öffentlich mobilisiert werden.

Dazu gehören progressive Steuern, CO₂-Abgaben, Finanztransaktionssteuern und andere internationale Solidaritätsabgaben, die ausdrücklich nach den Prinzipien von Klimaschulden, Gerechtigkeit sowie Umverteilung von Wohlstand und Ressourcen gestaltet sind.

Klimagerechtigkeit erfordert zudem die Stärkung von Allianzen und Koalitionen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, indigenen Völkern, Arbeiter*innenbewegungen, feministischen Gruppen und besonders betroffenen Gemeinschaften. Diese Allianzen sind entscheidend, um verbindliche Klimafinanzierungszusagen im UNFCCC durchzusetzen und grundlegende Transformationen multilateraler Institutionen wie des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der Weltbank zu fordern, einschließlich umfassender Schuldenerlasse und der Umleitung von Mitteln zur Unterstützung gerechter, fairer und emissionsarmer Entwicklungswege im Globalen Süden.

WAS SOLLTEN WIR TUN?

28

- Aktivist*innen, Bewegungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger*innengruppen spielen eine entscheidende Rolle dabei, sicherzustellen, dass Klimafinanzierung angemessen, gerecht und wirksam ist. Diese Gruppen müssen damit beginnen, Gemeinden, politische Entscheidungsträger*innen und die breite Öffentlichkeit über das Ausmaß der Klimaschulden, die gravierende Unzulänglichkeit der derzeitigen Klimafinanzflüsse sowie über die rechtlichen und moralischen Verpflichtungen des Globalen Nordens gemäß UNFCCC und Pariser Abkommen aufzuklären und zu mobilisieren.
- Ebenso wichtig ist es, Bewegungen des Globalen Südens zu unterstützen und zu stärken, sodass die Stimmen, Führung und Prioritäten von besonders betroffenen Gemeinschaften die Kampagnen, öffentliche Debatten und internationalen Verhandlungen prägen.
- Die Zivilgesellschaft muss beständigen Druck auf die Regierungen des Globalen Nordens ausüben, damit sie ihren fairen Anteil an Klimafinanzierungsverpflichtungen durch öffentliche, zuschussbasierte und schuldenfreie Mechanismen erfüllen. Gleichzeitig gilt es, Verzögerungen, niedrige und wenig ambitionierte Zusagen sowie die Umleitung von Mitteln hin zu ineffektiven, marktorientierten oder auflagenbehafteten Instrumenten zu kritisieren.



September 2024, Pay Up Action, Philippines. Foto: Nina Enriquez/APMDD.

- Aktivist*innen müssen zudem Greenwashing und falsche Lösungen aufdecken, indem sie Regierungen, Unternehmen und Finanzinstitutionen zur Verantwortung ziehen, wenn Klimafinanzierung zur Unterstützung profitorientierter Projekte, emissionsintensiver Initiativen oder schuldenverstärkender Mechanismen eingesetzt wird, statt den tatsächlichen Bedarf für Anpassung, Minderung, Verluste und Schäden sowie einem gerechten Übergang zu decken.
- Klimafinanzierungs-Advocacy muss Kämpfe über Bewegungen hinweg verbinden, indem starke Koalitionen mit Menschenrechts-, Indigenen-, Arbeits-, feministischen und Anti-Extraktionskampagnen gebildet werden. Strategien sollten feministisch, intersektional und fest in einem rechtsbasierten Ansatz verankert bleiben.

29

Durch diese Kombination aus Aufklärung, Mobilisierung, Rechenschaft, Solidarität und strategischem Koalitionsaufbau können Aktivist*innen und NGOs Klimafinanzierung vorantreiben, die wirklich auf die dringenden Bedürfnisse des Globalen Südens reagiert und in Gerechtigkeit und Reparationen verwurzelt ist.

FAZIT

Klimafinanzierung steht im Zentrum des Kampfes für Klimagerechtigkeit. Wie dieses Papier gezeigt hat, ist das aktuelle Klimafinanzierungssystem zutiefst unzureichend, ungerecht und nicht im Einklang mit dem Ausmaß der Klimakrise und der Verantwortung der Verursacher*innen. Klimafinanzierung als Kernbestandteil von Klimareparaturen zu betrachten, ist daher keine rhetorische Wahl, sondern eine politische Notwendigkeit.

Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert weit mehr als schrittweise Finanzierungssteigerungen. Sie verlangt eine Transformation globaler Wirtschafts- und Finanzsysteme, die Ausbeutung, Ungleichheit und ökologische Zerstörung ermöglicht haben. Öffentliche, zuschussbasierte und verlässliche Klimafinanzierung – bereitgestellt über demokratische, feministische und dekoloniale Mechanismen – ist ein unverzichtbares Fundament dieser Transformation.

Die kommenden Jahre stellen ein kritisches Handlungsfenster dar. Ob Klimafinanzierung zu einem Instrument echter Reparatur und Solidarität wird oder bestehende Ungleichheiten zementiert, hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Regierungen, Konzernen und Menschen ab.

Die Durchsetzung reparativer Klimafinanzierung erfordert anhaltende Mobilisierung, politischen Kampf und internationale Solidarität, damit diejenigen, die am meisten für die Klimakrise verantwortlich sind, endlich ihre Klimaschulden begleichen und betroffene Gemeinschaften gerechte, widerstandsfähige und würdige Zukunftsperspektiven aufbauen können.

ENDNOTEN

1 <https://climatechangetracker.org/nations/greenhouse-gas-emissions>

Dies beinhaltet nicht Emissionen die durch nach-Deutschland-importierte Güter im Ausland entstanden sind

2 Ibid.

3 Burkett, M. (2009) Climate reparations. Melbourne Journal of International Law, 10(2), 509–542.

4 unfccc.int/sites/default/files/resource/UNFCCC_NDR2_Report_Apr2025_Web.pdf

5 www.redcross.org.uk/stories/disasters-and-emergencies/world/climate-change-and-pakistan-flooding-affecting-millions

6 www.worldbank.org/en/news/press-release/2022/10/28/pakistan-flood-damages-and-economic-losses-over-usd-30-billion-and-reconstruction-needs-over-usd-16-billion-new-assessme

7 <https://newsinfo.inquirer.net/1656974/ph-loss-from-too-much-or-zero-water-seen-to-hit-124b-of-gdp>

8 www.nature.com/articles/s41893-023-01130-8

9 www.uab.cat/web/newsroom/news-detail/climate-justice-global-north-owes-170-trillion-for-excessive-co2-emissions-says-study-1345830290613.html?detid=1345890121961&utm

10 <https://payupandphaseout.org/sept20/>

11 <https://docs.google.com/document/d/1sjSep3JUBrl80InTIVOjA1WzL6eEw6mn6y1ePghZxpU/edit?usp=sharing>

12 Ibid.

13 <https://youtu.be/5Bxyt9EPcAs?si=xvPEiQBorSoHpzJW&t=106>

14 <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-finance-shadow-report-2025-analysing-progress-on-climate-finance-under-621735/>

31

October 2025, FRLD Action, Philippines.
Foto: Nina Enriquez/
APMDD.



ORGANISIEREN REPARIEREN TRANSFORMIEREN

Klimafinanzierung steht im Zentrum des Kampfes für Klimagerechtigkeit. Das aktuelle Klimafinanzierungssystem ist zutiefst unzureichend, ungerecht und nicht im Einklang mit dem Ausmaß der Klimakrise und der Verantwortung der Verursacher*innen. Klimafinanzierung als Kernbestandteil von Klimareparaturen zu betrachten, ist daher keine rhetorische Wahl, sondern eine politische Notwendigkeit. Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert weit mehr als schrittweise Finanzierungssteigerungen. Sie verlangt eine Transformation globaler Wirtschafts- und Finanzsysteme, die Ausbeutung, Ungleichheit und ökologische Zerstörung ermöglicht haben. Öffentliche, zuschussbasierte und verlässliche Klimafinanzierung – bereitgestellt über demokratische, feministische und dekoloniale Mechanismen – ist ein unverzichtbares Fundament dieser Transformation.

www.knoe.org

Gefördert durch:

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

**Um
verteilen!**
Stiftung für eine, solidarische Welt

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**